

## KURZ UND PRÄGNANT

### Dringend Weg frei machen für Neuwahlen

Durch das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Erfurt „ist eine neue Situation eingetreten, bei der nur die Ministerpräsidentin anhand von aussage- und prüffähigen Unterlagen jeden Verdacht ausräumen kann“, betonte der Vorsitzende der Linksfraktion Bodo Ramelow nach der Pressekonferenz von Frau Lieberknecht und forderte: „Der Verdacht der Untreue, der im Raum steht, muss schnell und lückenlos ausgeräumt werden.“ Unabhängig davon „scheinen nur noch wahlkampfaktische Szenarien Beratungsgrundlage am Kabinettsstisch zu sein. Für dieses politische Missmanagement trägt die gesamte Regierung die Verantwortung.“

Leider würden alle Politiker in Thüringen in Mitleidenschaft gezogen „für diese Politik, die sich fortlaufend desavouiert. Aus allen diesen Gründen wäre dringend der Weg frei zu machen für Neuwahlen, um einer Regierung vom Volk durch Neuwahlen einen neuen Auftrag zu erteilen.“ ■

# Für den Schuldenschnitt

## Landgemeinde „Am Ohmberg“ trägt immer noch an Bischofferöder DDR-Wohnungsschulden

**Wohnungs-Altschulden drücken viele Kommunen in Thüringen. Auch neue kommunale Zusammen-schlüsse, wie die Landgemeinde „Am Ohmberg“ (Landkreis Eichsfeld), konnten sich der Altschulden nicht entledigen.**

Warum das so war und wie sich das heute auswirkt, diesen Fragen ging die Wahlkreis-abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin der Fraktion für regionale Entwicklung), bei einem Besuch beim Bürgermeister der Landgemeinde „Am Ohmberg“, Helmut Kirchner, nach.

Dazu hatte sie ihre beiden Fraktionskolleginnen Heidrun Sedlacik (wohnungspolitische Sprecherin) und Diana Skibbe (Sprecherin für Bürgeranliegen) eingeladen. Für das Kalibergwerk in Bischofferode wurden in DDR-Zeiten ausreichend Wohnblöcke für die Kalikumpel und ihre Familien gebaut. Die Gemeindeverwaltung Bischofferode wurde nie in Planung und Abrechnung dieser Bauten einbezogen, die Kosten tauchten

also in der Bilanz der Gemeinde nicht auf. Es wurde auch kein Kreditvertrag mit der Gemeinde geschlossen. Für die damaligen Verantwortlichen war klar, dass sich dieser Wohnungsbau auf jeden Fall rentierte, da mit dem Kalibergwerk ein gewinnbringendes zukunfts-



fähiges Unternehmen am Ort war, das auch die Auslastung des Wohnungsbestandes absichern würde. „Nach der Wende wurde das Kalibergwerk jedoch zugemacht, um Kali+Salz einen Konkurrenten vom Hals zu schaffen, und die DDR-Banken wurden privatisiert und mit den Banken auch deren Forderungen an private Banken veräußert“, fasst Scheringer-Wright zusammen. Da

die Staatsschulden der DDR einzelnen Schuldern – in diesem Fall Bischofferode – zuordenbar waren, wurden die Forderungen nun auf diese übertragen.

So kam es, dass Bischofferode nach dem Bankenverkauf 2,1 Millionen DM Schulden hatte. Heute sind davon noch etwa 800.000 Euro übrig. Gläubiger ist inzwischen die Helaba (Landesbank Hessen-Thüringen). Von den damaligen Häusern stehen nur noch vier Blöcke, das entspricht etwa 50 Wohneinheiten. Damit ist eine Refinanzierung der Schulden natürlich nicht möglich. Die Mieteinnahmen reichen nicht einmal für eine komplette Sanierung.

Die LINKE hat mehrfach auf Landes- und auf Bundesebene Anträge eingebracht, um einen Schuldenschnitt der DDR-Altschulden zu bewirken, was die regierenden Parteien stets abblockten.

Johanna Scheringer-Wright und Heidrun Sedlacik werden jetzt eine parlamentarische Anfrage im Landtag einreichen, um von der Landesregierung mehr über die spezifische Altschulden-Problematik zu erfahren und die Möglichkeit eines Schuldenschnittes auszuloten. Denn dieser ist aus Sicht der LINKEN 22 Jahre nach der Wende überfällig und gerecht. ■

## Thüringer Staatskanzlei als CDU-Wahlkampfzentrale?

**Güldenstern ist (wie sein Kollege Rosenkranz) nur eine Nebenfigur in Shakespeares Drama „Hamlet“, ist ein unbedeutender Höfling des dänischen Königs. Ein befristet in der Thüringer Staatskanzlei tätiger Politologe namens Ralf Güldenpopp könnte jetzt in einem modernen Drama zum Stolperstein für Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) werden.**

Denkwürdiges geschieht im April 2013: das Verwaltungsgericht Meiningen verhandelt in einem vom Personalrat der Staatskanzlei angestregten Verfahren gegen Staatskancelechefin Marion Walsmann. Die TLZ zitiert dazu einen Insider, es werde „an sämtlichen geltenden Regeln vorbei“ in der Staatskanzlei der CDU-Landtagswahlkampf 2014 vorbereitet. Die Kritik gilt nicht Walsmann, sondern einer Person weiter oben: Christine Lieberknecht, Ministerpräsidentin und CDU-Landesvorsitzende.

Stein des Anstoßes ist eine anrühige Personalie: Ralf Güldenpopp, Mitarbeiter der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), der seit April in der Staatskanzlei tätig ist. Ohne dass eine entsprechende Stelle überhaupt existiert, wie der Gewährsmann der TLZ betont – und gegen den Willen des Personalrats. Der Sprecher der Staatskanzlei sagt gegenüber der TLZ, der Einsatz von Güldenpopp im Referat 35 „Politische Planung, Grundsatzangelegenheiten“ erfolge „im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung“, der der Personalrat „aus nicht zu beachtenden Gründen nicht zugestimmt“ habe. Es wird zudem deutlich, dass es keine Ausschreibung gegeben hat. Fest steht: Güldenpopp ist seit 2009 Abteilungsleiter

Politische Kommunikation bei der Adenauer-Stiftung – die ihn dann an die Thüringer Staatskanzlei sozusagen ausgeliehen hat – und gilt als Wahlkampf- sowie Kampagnenexperte. Er ist Mario Voigt, Generalsekretär der CDU Thüringen und Lieberknecht-Intimus, seit gemeinsamen Studentagen eng verbunden.

Beide waren Mitinhaber der Beratungsfirma „Blueberry Consulting GbR“, im Bereich „politische Kommunikation und Wahlkämpfe“ tätig. Auch wenn das Meiningener Gericht die merkwürdige Arbeitsplatzverlagerung des Wahlkampfexperten nicht unterbunden hat – laut MDR-Bericht argumentierte das Verwaltungsgericht, eine Störung des Betriebsfriedens in der Staatskanzlei durch Güldenpops Anstellung sei vom Personalrat nur pauschal behauptet worden –, bleibt ein unangenehmer Nachgeschmack. Dass Lieberknecht sich nicht ihren CDU-Wahlkampf auf Steuerzahlerkosten in der Staatskanzlei organisieren lassen dürfe, monierte sogar der Koalitionspartner SPD.

Dazu passt, was Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, von einem Mitarbeiter der Staatskanzlei erfahren hat. Dort seien während einer internen Zusammenkunft Teilnehmerinnen und Teilnehmer angewiesen worden, alles das aufzubereiten, was Lieberknecht im Wahlkampf 2014 nützen könne. Ausdrücklich als Bezugsrahmen für die Sammlung sei dort eine „Mühlhäuser Erklärung“ der CDU Thüringen angeführt worden. In diesem Papier des CDU-Landesvorstandes werden laut einer Pressemitteilung des Generalsekretärs Voigt „die Finanz- und Innenpolitik, der Demographische Wandel sowie die Verbesserung der Beteiligungsmöglich-

keiten der Bürger in den Mittelpunkt gestellt.“ Wenn das die inhaltlichen Leitlinien für eine Datenaufbereitung in der Staatskanzlei sind, kann es wohl kaum um anderes gegangen sein als eine positive Leistungsabrechnung für Lieberknecht als CDU-Landesvorsitzende. Dazu passt auch, dass von Anwesenden dieser denkwürdigen Runde in der Staatskanzlei strikte Vertraulichkeit eingefordert worden sein soll.

Der Grüne Landtagsabgeordnete Carsten Meyer richtete eine kleine Anfrage „Leiharbeit in der Staatskanzlei?“ an die Landesregierung. Die Antwort (Landtagsdrucksache 5/6280): Güldenpops „Tätigkeit“ ist bis 31.12.2014 befristet. Seine Arbeitsschwerpunkte sind „u. a. die Entwicklung von Vorschlägen für strategische Leitideen sowie Analysen und Ausarbeitungen zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen und deren Koordinierung an der Schnittstelle zu Verwaltung, Politik und Kommunikation.“ Das sei bisher „durch das vorhandene Personal wahrgenommen“ worden – was die Aussage im TLZ-Bericht stützt, dass es die Stelle eigentlich gar nicht gab...

Der Wahlkampf- und Kampagnenexperte sei dabei nach wie vor bei der Adenauer-Stiftung beschäftigt, der „die entstehenden Personalkosten aus der Hauptgruppe 5 des Einzelplanes 02 erstattet“ werden. Es handle sich somit „um kein Leiharbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes“ – ein gewisser Widerspruch zum TLZ-Statement des Pressesprechers der Staatskanzlei. Und es bleibt dubios. Der Einzelplan 02 des Landeshaushalts ist der Haushalt der Staatskanzlei. Aus seiner Hauptgruppe 5 werden aber – so die eindeutige Haus-

haltungssystematik – „Sächliche Verwaltungsausgaben“ bezahlt. Nun ist Güldenpopp aber sicher keine Sache (wie z.B. ein Kugelschreiber). Nicht zuletzt solche Überlegungen werden es gewesen sein, die den Haushaltspolitiker Meyer zu einer Nachfrage motivierten. So wollte er wissen, aus welchen Haushaltstiteln des Einzelplans 02 die Erstattung der Kosten an die KAS erfolgt. Die Antwort fiel offenbar merkwürdig aus. Meyer wundert sich in einer Pressemitteilung darüber, „dass die Kosten für diese Beschäftigung, die sich auf etwa 60.000 Euro im Jahr belaufen dürften, aus einem Haushaltstitel „Vermischter Sachaufwand“ bezahlt werden. Dieser ist jedoch lediglich mit 6.000 Euro ausgestattet.“ Nicht nur diese Diskrepanz ist zu bestaunen, sondern ein wirklich kreativer Umgang von Lieberknechts Staatskanzlei mit ihrem Haushalt: laut Meyer handelt es sich nämlich um einen „Titel, der für amtsärztliche Untersuchungen und Stellenanzeigen gedacht ist“.

Für Lieberknecht könnte sich der Vorgang zum Desaster entwickeln. Bereits in der weiter schwelenden Affäre um ein Ruhegehalt für ihren Ex-Regierungssprecher und Staatssekretär Peter Zimmermann hat sie kein gutes Bild abgegeben. Der Ansehensverlust der Regierungschefin ist allenthalben spürbar. Wenn sich jetzt auch die Angelegenheit Güldenpopp zu einem Fall Lieberknecht zuspitzt, droht ihr neuerliches Ungemach.

Dennoch hat Lieberknecht weiter aufgerüstet. Auch der Landesvorsitzende der CDU-Jugendorganisation „Junge Union“, Stefan Grunner, ist nun in der Staatskanzlei gelandet, als persönlicher Referent der Ministerpräsidentin. Bisher hatte er als Grundsatzreferent in der Landesgeschäftsstelle der CDU gearbeitet. Bereits da galt er als Vertrauter von Lieberknecht und Voigt. *Stefan Wogawa* ■